

# Halle Zeitung

## Halle'sche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mitteleuropa

Der monatliche Durchschnittspreis für den Vertrieb beträgt 2.000 Reichsmark. Der monatliche Durchschnittspreis für den Vertrieb beträgt 2.000 Reichsmark. Der monatliche Durchschnittspreis für den Vertrieb beträgt 2.000 Reichsmark.

### Neues in Kürze.

Die Gemeinden Preußens haben Einspruch eingeleitet gegen die angebotene Abhöf der Reichsregierung, die am Jahresende infolge Ablaufs der gegenseitigen Zeit für Arbeitslosenunterstützung (52 Wochen) völlig mittellos werden Erwerbslosen der kommunalen Wohlfahrtspflege zu überweisen. Die Gemeinden erklären, daß sie hierzu finanziell nicht in der Lage sind. In der Reichsregierung bestehen Bedenken, den Vermitlungsverhandlungen der Gewerkschaften anzuhängen, die Verlängerung der Arbeitslosenunterstützung über die bisher gültigen 52 Wochen hinaus auf 70 Wochen auszudehnen.

In den deutsch-polnischen Beziehungen zeigt sich wieder eine Verschärfung. Die von Polen erneut angeordneten Verkäufe liquidierten deutscher Güter haben zu Rückfragen in Warschau geführt, da nach dem deutsch-polnischen Abwicklungsabkommen die weiteren Verkäufe und Befristungsmaßnahmen deutscher Besitztungen eingestellt werden sollten.

Der berichtigte polnische Deutscher Korrespondent hat sich genötigt gesehen, von seiner Stellung als Präsident des Ausschusses der polnischen Schließung Sant zurückzutreten. Die Ernennung eines neuen Präsidenten wird in den nächsten Tagen erfolgen.

Der polnische Staatspräsident hat ein Dekret unterzeichnet, durch das Marschall Piłsudski zum Generalinspektor des polnischen Heeres ernannt wird. Das Dekret ist vom Ministerpräsidenten und vom Vizepräsidenten in seiner Eigenschaft als Kriegsminister genehmigt. Wie verlautet, beabsichtigt der Marschall, seine Stellung bis auf weiteres gleichzeitig zu beibehalten.

Durch die Lübeck-Dinie A.G. ist gegenwärtig eine regelmäßige Schiffsahrtverbindung zwischen Lübeck und Reningrad (Petersburg) ins Leben gerufen worden. Es wird voraussichtlich möglich sein, alle acht Tage einen Dampfer von Lübeck nach Reningrad abzufertigen.

Das Pariser "Journal Officiel" veröffentlicht zwei Dekrete über die Erhöhung der Bezüge der Beamten. Alle Beamten mit mehr als 10.000 Franc Jahresentlohn erhalten eine 12proz. Zulage. Diejenigen Beamten, deren Gehalt zwischen 4.500 und 10.000 Franc liegt, erhalten eine monatliche Zulage von 100 Franc. Die Entwertung des Francs ist durch diese Erhöhungen längst nicht wettgemacht, so daß das Beamtenlohn fortbrennt.

Die griechischen Zeitungen melden, daß die neue Regierung beschließt, von der englischen Regierung die Senkung einer Kommission unter Admiral Lomax für die Ausschreibung der griechischen Flotte zu erwirken. Dadurch dürfte sich beträchtlich das hinter dem Sturz der Regierung Pangalos die Engländer setzen.

Das Unabhängigkeitsgericht in Angola erteilt gestern den wegen Verschmäkung angeklagten Abd al Kabir, nachdem dieser seine Verteidigungsrede gehalten hatte, zum Tode. Die Hinrichtung ist schon heute nacht vollzogen.

In einer Agenturmeldung aus Jerusalem heißt es, erste Kämpfe hätten in der Gegend von Ababa zwischen den dortigen Beduinestämmen und einigen ägyptischen Beduinestämmen stattgefunden. Angehts des Erstes der Lage sei ein britisches Kriegsschiff in den Hafen eingelaufen, um die Ordnung aufrechterhalten zu lassen.

Die Gehandlungen Englands, Frankreichs und Japans haben bei der chinesischen Regierung gegen die Ausgabe einer inneren Anleihe von 25 Millionen Dollar protestiert. Der Protest ist in den gleichen Wendungen gehalten wie die Note der Vereinigten Staaten, die schon am Mittwoch dem Fingier-Rabini zuging.

Der Londoner "Daily Chronicle" meldet aus New York: Die Wahlbestimmungen in den republikanischen Wahlorganisationsstellen haben keine Mehrheit für eine nachmalige Wiederwahlstellung Coolidges zum Präsidentenstandortenden erzielt. Das Stimmenergebnis war im Durchschnitt 2:1.

Aus Moskau wird gemeldet: Der russische Botschafter in Berlin, Karafan, ist auf Verzichtsetzung nach Moskau zurückgekehrt.

### Schuldenstreichung durch Amerika?

Nach einer gestern in Genf eingetroffenen Agenturmeldung aus Washington hat eine autorisierte Persönlichkeit des Weissen Hauses zum erstmalig amtlich zu veröffentlichen gegeben, daß die amerikanische Regierung eine Initiative in günstiger Weise prüfen könnte, die dazu bestimmt wäre, die Regelung der Kriegsschulden zu revidieren. Der offizielle Sprecher des Weissen Hauses hat erklärt, daß eine eventuelle Streichung der Schulden unabhängig von der Autorität der amerikanischen Schuldentregulierungskommission, wahrscheinlich nicht ohne ein besonderes Mandat des Volkes, von dem ursprünglich das Geld gelehnt sei, erfolgen könne. Man sei daran gefestigt, daß die Schuldentregulierungsfrage über kurz oder lang wieder der Aufmerksamkeit und auf ganz neuer Grundlage geprüft werden würde.

Die "New York Times" bezieht in einem Leitartikel den Vorstoß des ehemaligen Kriegseinsatzes Newton Baker über die Schuldenstreichung und ist der Ansicht, daß eine vernünftige Schuldenpolitik erst dann zu erwarten sei, wenn die Bevölkerung und der Kongreß eingeschrieben hätten, daß die Einforderung der ungeheuren Zinsausgaben von den Amerika verhafteten europäischen Wältern nicht im Interesse Amerikas liege.

Diese Einsicht könne daher kommen, als man annimmt. Die offene Feststellung des Problems, wie sie Newton Baker in seinem jüngsten Artikel unter-

nommen habe, und die sich hieran anknüpfende Erörterung würden auf einen Stimmungsumschwung bestmöglich wirken.

### Mellon bei Poincaré.

Ministerpräsident Poincaré empfing gestern nachmittag den früheren amerikanischen Internatssekretär Hughes und im Anschluß daran den amerikanischen Schatzsekretär Mellon, mit dem er über eine halbe Stunde lang konferierte. Mellon lehnte es ab, den Journalisten auf ihre Fragen nach dem Verlauf seiner Besprechung mit Poincaré irgendeine Erklärung abzugeben, er behauptete, daß sein Besuch bei dem Ministerpräsidenten ein reiner Höflichkeitsbesuch gewesen sei. Auf die Frage nach der Schuldentregulierung erklärte Mellon: Wenn ich irgend etwas sagen könnte, würde ich darüber sehr froh sein, aber die gegenwärtige Lage gestattet es mir nicht, so sprechen. Die Angelegenheit liegt in den Händen der französischen Regierung, und ich würde wenig Höflichkeit beweisen, wenn ich irgendeine Andeutung machen würde. Mellon erklärte zum Schluß noch, daß er sich zwei Tage in Paris aufhalten und dann auf das Land gehen werde. Seine Reise habe keinen offiziellen Charakter.

Daß Mellon über die Schuldentregulierung gesprochen hat, gibt er selbst zu. Wenn er sich trotzdem so ausspricht, ist die Wahrscheinlichkeit groß, daß die französische Regierung immer noch auf ihrem Standpunkt beharrt, das Schuldensystem mit Amerika nicht zu ratifizieren.

### Austritt Spaniens aus dem Völkerbund?

Die Londoner "Times" berichtet, daß die britische Antwort auf das spanische Langememorandum getrennt nach Madrid geandt wurde. Sie sei ganz kurz und drücke die Ansicht aus, daß eine freundschaftliche Erwägung des spanischen Anspruchs auf eine Veränderung des bestehenden Status wohl möglich wäre, wenn die Zustimmung der übrigen intelligenten Mächte erteilt werde. Da jedoch die französische Regierung bereits die Ansicht ausgedrückt habe, daß Spanien kein Anrecht, sei es auf ein Protektorat oder auf ein Mandat in der Tangerzone habe, sei eine Grundfrage eine Konferenz augenblicklich nicht vorhanden. Auf jeden Fall wurde nach Ansicht der britischen Regierung Genf während der Völkerbundsatzung sein geeigneter Platz für eine solche Erörterung sein. Die britische Regierung sei daher nicht in der Lage, den Gedanken einer neuen Erörterung der Tangertage zu erwägen, bis die Völkerbundsatzung vorüber sei.

Während die Engländer als schlaue Diplomaten die angelegliche Lösung der spanischen Tangertage durch Frankreich vorziehen, meldet die französische Pressagentur über den Inhalt der französischen Antwort, die Note spreche sich nicht so entschieden wie diejenige Großbritanniens gegen die Einberufung einer internationalen Konferenz aus.

Der diplomatische Berichterstatter des Londoner "Daily Telegraph" schreibt, Chamberlain, der Spaniens Austritt aus dem Völkerbunde tief bedauern würde, habe sich trotzdem völlig darauf gefestigt gemacht, mit dieser Möglichkeit zu rechnen. Dem Korrespondenten zufolge wird es von Stunde zu Stunde wahrscheinlich sein, daß Spanien sich im Rat und Lager in der Beratsammlung während der kommenden Genfer Tagung leer bleiben werde. Auch "Daily Express" meldet aus Genf, man sei über augenblicklich allgemein der Ansicht, daß Spanien aus dem Völkerbund austreten werde.

### Chamberlain in Genf.

Der Ernst der Lage wird durch folgende Meldung gekennzeichnet: Der englische Staatssekretär Chamberlain ist heute nachmittag in Paris eingetroffen. Er wurde am dem Bahnhof von Außenminister Briand empfangen und hatte mit diesem in der englischen Botschaft eine längere Besprechung. Gegen 9 Uhr ist er nach Genf weitergereist.

### Die Lage in Spanien.

Die Londoner "Evening News" berichtet: An- sichts des Konfliktes zwischen Primo de Rivera und den Republikanern und Radikalisierung der letzteren man, daß der Rassensminister de Loma-

durch General Sarro ersetzt werden wird, der die spanischen Truppen bei der Landung in der Bucht von Algeciras führte. Primo de Rivera soll auch jetzt keinen Rücktritt angeden haben, doch habe der König ihm beföhlen, auf seinem Posten zu bleiben, bis der Konflikt wegen der Beförderung der Offiziere beigelegt sei.

### Einigung im Genfer Unterausschuß.

Der Unterausschuß des Genfer Prüfungsausschusses hat sich gestern am späten Abend unter Vorbehalt des polnischen Vertreters Sosal, der seine Stimme erst heute bei der Abstimmung im Vollsausschuß abgeben will, über die Wahl der nächstjährigen Ratsmitglieder geeinigt und folgende Regeln aufgestellt:

- Artikel 1: Die nächstjährigen Mitglieder des Rates werden für die Dauer von drei Jahren gewählt. Sie treten ihr Amt sofort nach ihrer Wahl an. Jedes Jahr wird ein Drittel der Mitglieder gewählt.
- Artikel 2: Ein ausstehendes Mitglied kann während der auf den Ablauf des Mandats folgenden drei Jahre nicht wiedergewählt werden, es sei denn, daß die Wiederergänzung beim Ablauf des Mandats oder im Laufe dieser drei Jahre mit Zweidrittelmehrheit anders beschließt, jedoch darf die Zahl der auf diese Weise wiedergewählten Mitglieder nicht mehr als ein Drittel der Gesamtzahl der im Rat sitzenden nächstjährigen Mitglieder betragen.
- Artikel 3: Die Zahl der nächstjährigen Mitglieder des Rates wird auf neun erhöht.
- Artikel 4: Uebergangsvorschriften:
  - § 1. Im Jahre 1926 werden neun nicht-ständige Mitglieder des Rates von der Bundesversammlung in der Weise gewählt, daß drei für drei Jahre, drei für zwei und drei für ein Jahr gewählt werden.
  - § 2. Von den im Jahre 1926 auf diese Weise gewählten neun Mitgliedern können durch eine Entscheidung der Bundesversammlung, die in besonderer Abstimmung mit Zweidrittelmehrheit zu treffen ist, höchstens drei für wiederwählbar erklärt werden.
  - § 3. Die Eigenschaft der Wiederwählbarkeit, die im Jahre 1926 im voraus einem oder zwei oder drei der abgelaufenen Mitglieder etwa übertragen wird, läßt das Recht der Bundesversammlung unberührt, in den Jahren 1927, 1928 und 1929 zugunsten anderer abgelaufen aus dem Rat ausstehender nächstjähriger Mitglieder von der in Artikel 2 vorgesehenen Befugnis Gebrauch zu machen. Es versteht sich indessen, daß, sofern bereits drei Mitglieder 1926 die Eigenschaft der Wiederwählbarkeit besitzen, die Bundesversammlung von jener Befugnis in bevorzogenen Ausnahmefällen Gebrauch machen darf.

### "Aufteilung Sowjet-Russlands."

#### „Ein Weg zur Rettung Europas.“

Von Graf Emanuel Mazoni.  
Unter obigem Titel bringt die Sonntags "Daily Mail" die folgenden Ausführungen, denen bei der neuesten Verbreitung dieses Blattes (Zugausgabe Nr. 1,70 Millionen im Blumenkrieg mit der letzten englischen Auflage) auf bei den Polen Wohlwille und mit den jetzigen Verhandlungen in Genf besondere Bedeutung beigemessen.  
Nebstmann kennt die wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten, die England gegenwärtig durchmacht. England kann nicht erstehen, ohne eine sehr beträchtliche Einnahme, und die ist wirtschaftlich gar nicht anders möglich, als durch eine entprechend große Ausfuhr.  
England steht darin nicht allein, denn auch andere zivilisierte, überlötete und industrialisierte Länder sind über den Rand des Lebens abwärts und stehen vor denselben Schwierigkeiten. Aber Deutschland ist aus Gründen, die ich hier nicht näher erörtern will, in der Lage, billige zu erzeugen und also auch zu verkaufen als England. Die Folge ist, daß England über zu seine Existenz notwendigen Import nicht durch eine gleich großen Export ausgleichen kann und dabei mühsam trotz der blühenden Fiktion seiner Goldwährungen.  
Das ist die Bedeutung der jetzigen englischen Krisis, die leicht in eine wirtschaftliche Katastrophe ausarten kann. Aber die Lage ist keineswegs hoffnungslos, vorausgesetzt, daß die Leiter Englands sich nicht länger über den Engländer und seinen über die Oberfläche antragen, ausführt, führt dann eine Veranmerkung zu übernehmen, die die fürchbaren Wichtigkeit der gegenwärtigen Lage entspricht.  
Welches also wäre der nächste Schritt und das radikale Zielmitleit? Neue Märkte sind nötig. Es sind einen wachen Wirtschaftskreislauf mit Deutschland und kleineren Konzentrationen anzuschließen. Ich würde gern sehen, wie man diese Märkte durch Griffen gegen dieselbe tödliche Krankheit zu weiteigen haben, ist es sicherlich wünschenswertes mit ihnen allen ein freundschaftliches Abkommen zu treffen, mit dem Ziel, getrennte Abkommen zu ergreifen.  
Die Märkte, die England sich zu sichern hätte mühten groß genug sein, um die gesamte englische Industrieproduktion für lange Jahre auszumachen und rettend zu sein. England im Kasualität und Rohmaterialien zu verlangen.  
Wenn Deutschland nicht ebenfalls einen Absatzmarkt für seine Produkte und für seinen Bedarf an Rohstoffen bekommt, wird es immer ein tödliches Gefährte bleiben und die Weltwirtschaften werden überall in Europa einbrechen. Gibt es gegen Deutschland Märkte, die keine gesamte Bewegung aufnehmen und lokalen neutralisieren, so wird die Weltwirtschaften einbrechen und einbrechen sein, und wenn Frankreich, Italien, Polen und andere Industrielande ebenfalls einen angemessenen Teil der Märkte erhalten, so wird der Gefahr eines neuen Krisenherd vorbeugend.  
Unmittelbar fragt man sich, wo denn noch ein solches Wunderland sein könne, das reich und groß genug ist, ausreichende Märkte nicht nur für England, sondern für alle Kontinenten zu bieten. Ein solches Land existiert, und das ist Japan, aber die Sachlage ist nicht so einfach, wie sie scheint. Das Land unter den fürchbaren Werten leidet die das Leben aller übrigen Nationen in Mitteleuropa zu ziehen. Dieses uneherechte Land ist das europäische und asiatische Rußland, heute die Republik der Sowjets, der Ausgangspunkt der Injektion der ganzen Welt. Die Heimat der Verwässerung, Quellen der Korruption und Anflechtung des Volkes der Welt und ganz besonders Englands.  
Mit dem Bild der Schwermühen noch immer vor Augen, blickt der einfache Mann nicht auf einer Zukunft mit einem neuen Kriege im Auge über wir müssen es erziehen, daß er ist, denn die europäischen Nationen sind sich herüber, daß es keinen wirksamen Krieg geben würde, wenn man in Rußland einmariagierte. Es würde eine Strafexpedition gegen fremde Völker sein, die Rußland zerstören, ein Kollektivität in allerdings ungewohntlich großen Umfange.  
Die Gefahr des Bolschewismus ist eine Gefahr von Seiten eines verachteten Mannes mit einer wildenen Kraft. Die rote Fierne ist eine bloßer Dumborg. Er ist eine Gegenüberstellung von armen Reisz, die wütend ihren Familien Hunger leiden und heillos sind, daß sie jetzt von der Sowjetregierung ernährt werden. Bis in im Jahre 1920 hat Rußland durch einen Sowjetpolnischer Kinder und Gelfe gefolglos wurde begannen sie auf ihre eigenen Kommissare zu schicken.  
Mein Vorschlag ist, den russische Bolschewisten drei getrennten Wirtschaftlichen England, Deutschland und Polen zu teilen. Deutschland konnte den Ruben erhaben, und die anderen drei die Hälfte.

